

**Ein Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger,**  
**die heute oder später auf eine Altersversorgung angewiesen sind,**  
**zur Beteiligung an einer „Offensive zur Rettung der Renten“**

Zunehmend werden den Alten Schuldgefühle suggeriert. Entgegen allen suggestiv wirkenden Behauptungen, die so viele alte und alt werdende Menschen verunsichern, ist zu sagen: **Das scheinbare Problem für den Renten-Generationenvertrag hat in der „demographischen Entwicklung“, der sogenannten „umgedrehten Alterspyramide“, keine sachlich-reale Grundlage!** Es ist ein Ergebnis der Denkfaulheit oder Denkschwäche der Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft! Genauer dazu, kann gelesen werden in der Schrift: **„Märchen sind für Kinder, lasst den Alten die Rente! - Eine Widerlegung der Behauptung, dass die Alterspyramide (die „demographische Entwicklung“) die Rentenversorgung gefährdet.“**

**Hier soll nur der Kern der Ursache und der Lösung des Problems kurz skizziert werden.**

**Realbeiträge zur Versorgung aller sind immer konkrete Produktionsbeiträge, die Produkte zu einem bestimmten Zeitpunkt hervorbringen, die auch von den Kindern, Alten, Kranken und anderen (zeitweise) nicht Beschäftigten zu diesem Zeitpunkt benötigt und nachgefragt werden.** Die Menge der Produkte, die von einer Wirtschaft erzeugt werden können, hängt nicht von der Anzahl der Beschäftigten, sondern vom erreichten Stand der Produktionsfähigkeit der Gesamtwirtschaft ab. **Deshalb spielt die sich umkehrende „Alterspyramide“ keine besonders große Rolle für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.** ~~Sicherungs-systeme~~ **heute zugrunde gelegten Finanzierungsmodell der sozialen Sicherungssysteme eine so große Rolle.** Deshalb muss dieses Finanzierungsmodell durch die hier zu beschreibende Erneuerung des Steuer- und Sozialabgabensystems überwunden werden.

**Soll zum Erwerb von Rentenansprüchen** der finanzielle Beitrag (der dem realen Produktionsbeitrag entspricht) gemäß der heutigen neoliberalen Tendenzen (z. B. die sogenannte Riester-Rente u.a.) verstärkt (privat) aus dem „Netto“-Einkommen der Arbeitnehmer aufgebracht werden, dann müssten die unteren und mittleren Einkommen dementsprechend erhöht werden, damit auch Menschen mit solchen Einkommen die „privaten“ Zahlungen für die Kranken- und Rentenversorgung leisten können. Geschieht das nicht, dann können sie mangels finanzieller Mittel nur weniger Rechtsansprüche als heute während ihres Erwerbslebens erwerben. Die Anzahl derjenigen, die bei Krankheit und Alter der Armut ausgeliefert sind, wird sich vermehren. **Wesengemäßer ist deshalb die im weiteren zu beschreibende, allgemeine konsumbezogene Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.**

**Das heutige Rentensystem krankt an mangelnder Finanzierung.** Die bestehenden Finanzierungssysteme bringen ihm, sowie den anderen sozialen Sicherungssystemen und dem Staat und den Gemeinden nicht mehr die Einnahmen, die sie benötigen, damit sie ihre Aufgaben angemessen erfüllen können. Sparen und neue Staatsschulden können zwar kurzfristig helfen, um Finanzlöcher provisorisch zu stopfen. Doch ihre Aufgaben können nicht mehr so gut wie früher erfüllen.

**Auch die vom Kanzler am 14.3. 2003 vorgestellte „Agenda 2010“ zeigt wieder, die Regierung ist in der Defensive.** Sie versucht bei der Finanzierung der Sozialsysteme zu sparen, weil sie - genauso wie auch die heutige parlamentarische Opposition - keinen anderen Weg kennt, um die Finanzierung des Staatshaushaltes und der Sozialsysteme auf eine solide Basis zu stellen. Das zeigt, die Hoffnung, dass Rot-Grün mehr als die vorherige Regierung (die heutige Opposition) hilft, Arbeit zu schaffen und den Sozialabbau zu stoppen, war trügerisch.

Ist es jetzt nicht notwendig, dass alle heute oder später auf eine Alterssicherung angewiesenen, alle von einem gut funktionierenden Gesundheitswesen abhängigen, und alle arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Bürger/innen selbst aktiv werden? **Ist es jetzt, wenn die Politiker aller Couleur nur defensive Konzepte realisieren wollen, nicht die höchste Zeit, dass wir selbst offensiv werden für den Erhalt des „inneren Friedens“?**

Nicht nur die Rentenbezieher, sondern wir alle sollten uns jetzt gemeinsam stark machen für soziale Sicherung und Arbeit. Deshalb ist die „Offensive zur Rettung der Renten“ Teil einer „Of-

fensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ Sie ruft alle betroffenen Bürger/innen zu einem großen gemeinsamen Projekt auf:

### **Beteiligt euch aktiv an der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“!**

Zu beobachten ist, dass **Terrorismus und Kriege** unvermeidlich werden, wenn das Armutsgefälle zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern nicht abgebaut wird durch den Aufbau einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung.

Das Armutsgefälle zwingt bei weltweitem Wettbewerb außerdem die Unternehmen, die Kosten zu senken, damit sie am Weltmarkt bestehen. **Der Preisdruck ist die Ursache für den Sozialabbau und die steigende Arbeitslosenzahl bei uns.** Wird die Globalisierung weiter „neoliberal“ gesteuert, dann zwingt sie uns zur Anpassung an die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Entwicklungsländern. Bleibt uns keine andere Möglichkeit?

**Der Zustand der Weltwirtschaft ist mit einer schiefen Ebene zu vergleichen.** Wie das Wasser eines Flusses durch das Gefälle von oben nach unten fließt, so führt die entfesselte Kraft des Wettbewerbs dazu, dass sich die hoch entwickelten Industrienationen an die Bedingungen der menschenrechtlich, sozial und ökologisch niedrig entwickelten, aber durch große Investitionssummen, die hohe Gewinne versprechen, industriell aufgerüsteten Entwicklungsstaaten anpassen müssen, wenn keine „Dämme“ und „Schleusen“ in das Weltwirtschaftssystem eingebaut werden, die das verhindern. Die Schutzdämme, die seit dem Ende des 19. Jh. vor allem in Westeuropa errichtet werden konnten – zuerst durch die Gewerkschaften und die Politik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien (dazu gehört - richtig besehen - auch die christlich-soziale/demokratische Union), später (die Ökologie betreffend) auch durch die „Grünen“ Parteien –, sind nun bedroht. Wie können wir sie sichern?

**Wie ist diese Sicherung der Schutzvorrichtungen, die den neu entstehenden „Raubtierkapitalismus“ einhegen, realisierbar? D. h., wie ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft zu erhalten und an der Würde des Menschen orientiert weiterzuentwickeln?** Und wie können „Schleusen“, die ein Anheben des Lebensstandards in den „Entwicklungs- und Schwellenländern“ ermöglichen könnten, „in den abwärtsreisenden Strom der Globalisierung“ einrichtet werden?

Die Offensive schlägt Maßnahmen vor, die genauer skizziert werden im dem Text: „Plädoyer für einen Paradigmenwechsel – Ein neues, zeitgemäßes und sozial gerechteres Steuer- und Sozialabgabensystem ist eine Notwendende Grundlage für Arbeit, soziale Sicherheit und den inneren Frieden“. Die vorgeschlagenen Maßnahmen **lösen** mindestens **zwei Probleme**, die beide durch den neoliberal gesteuerten Globalisierungsprozess entstehen. Sie lösen das Problem des Erhalts der sozialen Sicherungssysteme (auch des Rentensystems) auf einem hohen Niveau und das Problem des Erhaltes von angemessenen Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden.

**Zwei wichtige Maßnahmen sind:**

#### **1. Wir brauchen ein völlig neues Steuer- und Abgabensystem.**

Anstelle der heute üblichen einkommens- und gewinnbezogenen Steuer- und Sozialabgaben **benötigen wir eine ausschließlich verbrauchsberechnete Steuer- und Sozialabgabe**, weil dann die sogenannten „Lohnnebenkosten“ ganz entfallen. Auch zahlen dann nicht mehr nur die immer weniger werdenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Abgaben in die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungskassen, sondern jeder Verbraucher. D.h., steigt der Umsatz eines Unternehmens, so fließt mehr in die Steuer- und Sozialabgabekassen.

#### **2. Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme!**

Aufgrund einer Mehrwertsteuerähnlichen Sozialversicherungsabgabe ist es möglich, dass die Renten weiterhin entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst werden könnten. Dem Gesundheitswesen könnten entsprechend seiner wachsenden Aufgaben (Gesundheitsbetreuung der zunehmend älter werdenden Menschen) genügend finanzielle Mittel zufließen und auch das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe könnten erhöht werden. Neue Gesetze sollten ihre Inanspruchnahme erleichtern, so dass die Arbeitnehmer ihre

Furcht vor dem Einkommensverlust bei Arbeitslosigkeit verlieren können. Eine breite Aufklärung über die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit, macht die Diffamierungen von Arbeitslosen sinnlos. Diese Maßnahmen ermöglichen problemloser die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und helfen so den Unternehmen bei geringer Auftragslage besser zu überleben.

Maßnahmen, die eine **Senkung der Lohnnebenkosten** und etwas mehr **Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen** ermöglichen, werden schon lange von den Unternehmerverbänden, den Liberalen und der Christlichen Union gefordert – **allerdings auf Kosten der Menschen, die von den sozialen Sicherungssystemen abhängen und auf Kosten der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden.**

Die hier von der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ skizzierten Maßnahmen ermöglichen **ein völliges Verschwinden der Lohnnebenkosten, der Einkommens- und Gewinnbesteuerung** und eine weitgehende **Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen, bei gleichzeitigem Erhalt der sozialen Sicherungssysteme und der Steuereinnahmen**, die den staatlichen Aufgaben und Verantwortungen angemessenen sind.

Wenn die Kosten für die Renten, das Gesundheitssystem und die Arbeitsloseneinkommen durch eine ausschließlich verbrauchsberechnete Steuer- und Sozialabgabe finanziert wird, könnte z. B. **das Gesundheitssystem** seine Aufgaben dem steigenden Bedarf angemessen erfüllen. Es könnten massenweise neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer hat noch nicht von den überlasteten Krankenhausärzten und überfordertem Pflegepersonal gehört?

**Außerdem könnten in vielen anderen Branchen Arbeitsplätze geschaffen werden**, wenn die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen mehr Geld für den Konsum zur Verfügung hätten. Je mehr Geld diese Einkommenschichten für den Konsum zur Verfügung hätten, desto stärker könnte die Nachfrage ansteigen. **Eine erhöhte Binnennachfrage hätte eine deutliche Produktionssteigerung zur Folge.** Mehr Menschen können dann eingestellt werden. Die Arbeitslosenquote würde sinken und die Steuereinnahmen sich deutlich erhöhen.

**Das zeigt: auch das heutige Geld- und Bankensystem und die heutige Einkommensgebung funktionieren noch nicht optimal.** Eine der Funktionserfüllung des Wirtschaftssystems angemessene Erneuerung des Geld- und Bankensystems kann heute jedoch nur noch auf EU-Ebene in Angriff genommen werden. Auch deshalb - also nicht allein wegen einer wirklich demokratischen Legitimation der neuen EU-Verfassung - sollten die Bürger/innen sich beim EU-Verfassungsgebungsprozess durch Verfassungsgesetzesinitiativen und einer EU-weiten Volksabstimmung beteiligen können. Dann könnten sie selbst, ein solches Verfassungsrecht beschließen, dass ein demokratisches Geld- und Bankensystem und eine demokratische und **sozial gerechtere Einkommensgebung** ermöglicht, so dass Beides zu einer wesensgemäßen Erfüllung der Funktion des Wirtschaftssystems beitragen kann.

**Warum geht die Regierungskoalition nicht mit den von der „Offensive“ vorgeschlagenen Lösungen in die Verhandlungen mit der konservativ-liberalen Mehrheit im Bundesrat?** Warum gehen die Gewerkschaften nicht mit diesen Lösungsvorschlägen in Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden und an den „Runden Tisch“ im „Bündnis für Arbeit“?

**Sie werden es tun, wenn sich genügend viele Menschen an der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ beteiligen. Beteiligt Euch!** Ihr könnt diese **Einladung vervielfältigen und verteilen**, die Informationsschriften, in denen der hier skizzierte Weg ausführlicher beschrieben wird, zum Lesen anfordern und die beschriebenen Überlegungen gründlich bedenken. Auf der Grundlage der so gewonnenen Erkenntnisse lassen sich dann - von einem eigenen starken Willen getragen - vielfältige, **gemeinsame Aktionen** planen und erfolgreich durchführen.

Ein Info-Blatt über mögliche und schon in Planung befindliche Aktionen kann angefordert werden. Wer dieses Info-Blatt oder eine bzw. mehrere der genannten anderen Informationsschriften zum Lesen bestellen möchte (für Porto und andere Kosten ist eine Spende erforderlich) oder sich anders beteiligen will, wende sich an folgende Adresse:

„Offensive“, Panoramastr. 30 , 88147 Achberg; E-Mail: [offensive@willensbekundung.net](mailto:offensive@willensbekundung.net)

Internet: [www.offensive.willensbekundung.net](http://www.offensive.willensbekundung.net)